

MORNING NEWS

20. November 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	23.162,92	-17,61	-0,08	23.180,53
MDAX	28.656,56	163,13	0,57	28.493,43
TEC DAX	3.441,10	6,13	0,18	3.434,97
Euro Stoxx50	5.542,05	7,34	0,13	5.534,71
Bund Future	128,54	-0,13	-0,10	128,67
Gold in US-\$	4.070,21	-7,78	-0,19	4.077,98
Bitcoin / US-\$	92.623,78	2.117,45	2,34	90.506,32

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DJ 30	46.138,77	47,03	0,10	46.091,74
NASDAQ	24.640,52	137,42	0,56	24.503,10
Nikkei 225	49.918,06	1.380,36	2,84	48.537,70
Hang Seng	25.784,50	-46,15	-0,18	25.830,65
Euro / US-\$	1,1518	-0,00	-0,17	1,1538
Öl (Brent) US-\$	63,72	0,21	0,33	63,51
Ethereum / US-\$	3.039,42	50,31	1,68	2.989,12

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	23.385	+223
NASDAQ Future	25.180,75	+459,00

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	206,61	1,11	0,01	205,50	237,97	1.183.742,00
Nokia OJ	5,24	-0,01	-0,00	5,24	6,03	82.288.472,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Quartalsergebnisse entnehmen Sie bitte dem Anhang		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	PPI (m/m)	Oktober	08:00	0,0% (-0,1%)
D	PPI (y/y)	Oktober	08:00	-1,7% (-1,7%)
EWU	Bauproduktion (m/m)	September	11:00	n/a (-0,1%)
EWU	Bauproduktion (y/y)	September	11:00	n/a (0,1%)
D	Bundesbank, Monatsbericht	November	12:00	n/a
USA	Beschäftigte ausserhalb der Landwirtschaft	September	14:30	50.000 (22.000)
USA	Arbeitslosenquote	September	14:30	4,3% (4,3%)
USA	Durchschnittliche Stundenlöhne (m/m)	September	14:30	0,3% (0,3%)
USA	Durchschnittliche Stundenlöhne (y/y)	September	14:30	3,7% (3,7%)
USA	Philly Fed Index	November	14:30	1,0 (-12,8)
EWU	Verbrauchervertrauen, vorab	November	16:00	-14,0 (-14,2)
USA	Wiederverkäufe Häuser	Oktober	16:00	4,08 (4,06) Mio
USA	Kansas City Fed Verarbeitende Industrie	November	17:00	3 (6)
USA	Baubeginne	September	n/a	1.329.000 (1.307.000)
USA	Baugenehmigungen	September	n/a	1.347.000 (1.330.000)
USA	Vorausbericht Handelsbilanz	September	n/a	n/a (-84,3) Mrd \$
USA	Einzelhandelsbestände (m/m)	September	n/a	n/a
USA	Neubauverkäufe	September	n/a	n/a

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,21 (1,40)	10-jährige Bonds	-0,078	4,13%
Volumen NASDAQ	8,41 (8,55)	30-jährige Bonds	-0,141	4,75%

(/)=Vortag

Die **Anleger an der Wall Street** haben sich am Mittwoch vor den richtungsweisenden Geschäftszahlen von KI-Vorreiter Nvidia **mit Engagements zurückgehalten**. Insgesamt zeigte sich der US-Aktienmarkt freundlich: Der Standardwerteindex Dow Jones blieb am Ende faktisch unverändert bei 46.139 Punkten. Der technologielastige Nasdaq rückte 0,6 Prozent auf 22.564 Zähler vor und der breit gefasste S&P 500 legte 0,4 Prozent auf 6642 Stellen zu.

Aktien von **Nvidia** schlossen 2,8 Prozent im Plus. Die Quartalszahlen der Firma, die nach Börsenschluss am Mittwoch veröffentlicht werden sollten, gelten als Lackmustest für die KI-getriebene Rekordrally an der Wall Street. Einige Großinvestoren hatten in den vergangenen Wochen einen Teil ihrer KI-Bestände abgestoßen und damit die Befürchtung genährt, dass ein Ausverkauf des Marktes bevorsteht. Drei Jahre nach dem Debüt von ChatGPT sind die Anleger zunehmend besorgt, dass der KI-Boom die Fundamentaldaten überholt hat. Ungeachtet der Blasenängste bleibt die Nachfrage nach Nvidias Chips stark, da Cloud-Giganten wie Microsoft Milliarden in KI-Rechenzentren investieren.

Auf Rekordjagd blieben die Aktien der Google-Mutter **Alphabet**, die um drei Prozent anzogen. Die Titel profitieren weiter davon, dass Star-Investor Warren Buffett über seine Gesellschaft Berkshire Hathaway eine Beteiligung aufgebaut hat. Die Europäische Union plant außerdem eine Lockerung der Auflagen für Technologiekonzerne.

Berichte über einen neuen US-Vorstoß zur Beendigung des Russland-Ukraine-Kriegs drückten die Ölpreise.

Erfolgreiche Friedensgespräche würden die Risiken für die Ölversorgung verringern, erläuterte Ole Hansen, Analyst der Saxo Bank. Die Sorge vor einem Überangebot laste jedoch auf den Preisen. Die Nordseesorte **Brent** verbilligte sich um zwei Prozent auf 63,60 Dollar pro Barrel. US-Leichtöl der Sorte **WTI** fiel ebenso stark bis auf 59,53 Dollar pro Barrel. Im Zuge dessen rutschten auch Aktien von US-Energieunternehmen ab. **Exxon Mobil** und **Chevron** verloren 1,4 und 1,2 Prozent.

Auf der Gewinnerseite am Aktienmarkt glänzte die Baumarktkette **Lowe's** mit einem überraschend starken Gewinnanstieg. Die Aktien legten um vier Prozent zu. Im dritten Quartal übertraf das bereinigte Ergebnis je Aktie von 3,06 Dollar die Gewinnerwartungen der Analysten. Zudem hob der Konzern seine Umsatzprognose für das Gesamtjahr an.

Die Aktien von **GE Vernova** stiegen um 7,3 Prozent. Der Energieausrüster unterzeichnete mit der Taiwan Power Company den ersten Vertrag zur Aufrüstung von Onshore-Windkraftanlagen außerhalb der USA.

Einzelhandelsriese **Target** vergraulte die Anleger mit einem stärker als erwartet ausgefallenen Umsatzrückgang. Grund dafür war die angespannte Haushaltslage der US-Verbraucher, die ihre Ausgaben für nicht lebensnotwendige Güter reduzierten. Die Papiere verbilligten sich um 2,8 Prozent.

US Unternehmen

Der reißende Absatz der neuesten Hochleistungsprozessoren für Künstliche Intelligenz (KI) hat **Nvidia** zu einem überraschend starken Quartalergebnis verholfen. Der Umsatz sei im dritten Quartal um 62 Prozent auf 57 Milliarden Dollar gestiegen, teilte der weltgrößte Chipkonzern mit. Der Reingewinn habe ähnlich stark auf 31,91 Milliarden Dollar zugelegt. "Die Verkaufszahlen für Blackwell-Chips sind unglaublich hoch", sagte Konzernchef Jensen Huang. Prozessoren für Rechenzentren seien ausverkauft. "Der Bedarf an Rechenleistung wächst exponentiell." Für das Schlussquartal 2025 stellte Huang Erlöse von 65 Milliarden Dollar, plus/minus zwei Prozent, in Aussicht. Bei Anlegern kamen diese Zahlen gut an. Nvidia-Aktien stiegen im nachbörslichen Geschäft der Wall Street um 6,4 Prozent. Das ist der größte Kurssprung seit einem halben Jahr (Reuters).

Marktmeldungen

Die **Steuereinnahmen** von **Bund und Ländern** sind im Oktober nur minimal gestiegen. Sie kletterten im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,5 Prozent auf 61,22 Milliarden Euro, wie aus dem Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums hervorgeht, der am Donnerstag veröffentlicht werden soll. Deutliche Zuwächse gab es bei der Lohnsteuer und den Kapitalertragsteuern. Dagegen waren die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer sowie der Körperschaftsteuer rückläufig. In den ersten zehn Monaten summierten sich die Einnahmen auf 726,2 Milliarden Euro, was einem Plus von 5,7 Prozent entspricht. "Die wirtschaftliche Dynamik bleibt gedämpft", hieß es im Monatsbericht mit Blick auf die Konjunktur. Es gebe gemischte Signale bei den Frühindikatoren. Allenfalls sei eine zaghafte Erholung der Wirtschaft absehbar. Im dritten Quartal war die Wirtschaftsleistung nur stagniert. Für das Gesamtjahr 2025 erwarten die meisten Experten höchstens ein Mini-Plus nach zuvor zwei Jahren in Folge mit schrumpfender Wirtschaftsleistung (Reuters).

Bundesfinanzminister Lars Klingbeil will sich gegen die Schwemme billigen **Stahls aus China** wehren. "Ich bin für freie, für offene Märkte. Aber ich möchte nicht, dass wir am Ende die Dummen sind in Europa und in Deutschland", sagte der SPD-Co-Chef der Nachrichtenagentur *Reuters* in Shanghai. "Ich habe kein Interesse, dass die deutsche Stahlindustrie, die sich hervorragend für die Zukunft aufgestellt hat, die die modernsten Werke hat und die sich Richtung CO₂-Neutralität aufgemacht hat, darunter leidet, dass es staatlich subventionierte Überkapazitäten beim chinesischen Stahl gibt."

Deutschland wird laut **Bundesverteidigungsminister** Boris Pistorius sein selbst gestecktes Ziel verfehlen, das **Nato-Ziel** für die **Verteidigungsausgaben** schon im Jahr 2029 zu erreichen. Deutschland werde bis 2029 auf eine Quote von 3,05 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) kommen, sagte der SPD-Politiker in München bei der Präsentation der neuesten Generation des Kampfpanzers "Leopard 2" von KNDS. Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) hatte im Juni bei der Vorstellung des Haushalts noch davon gesprochen, dass Deutschland dank der Ausnahmen von der Schuldenbremse bis 2029 eine Nato-Quote von 3,5 Prozent erreichen werde (Reuters).

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) will beim Panzerbauer **KNDS** im kommenden Jahr weitere 75 **"Leopard 2" der neuesten Generation** bestellen. "Wir bereiten für 2026 die Beschaffung von 75 weiteren vor", sagte Pistorius am Mittwoch bei der offiziellen Vorstellung des "Leopard 2 A8" in München. Bisher hat die Bundeswehr 123 Exemplare des Kampfpanzers geordert, die in den Jahren 2027 bis 2030 ausgeliefert werden sollen. Mit der zusätzlichen Order wären es fast 200. Pistorius sagte, angesichts der langen Lieferzeiten sei es nicht sinnvoll, schon heute noch größere Stückzahlen zu bestellen. Man wisse nicht, was die Bundeswehr in zehn oder 15 Jahren brauche (Reuters).

Kanzler Friedrich Merz hat sich besorgt über die verstärkten russischen Attacken auf die **Ukraine** gezeigt und will deshalb **weitere Hilfe** etwa für die **Luftverteidigung**. "Wir sehen eine massive Verschärfung der russischen Angriffe auf die Infrastruktur in der Ukraine", sagte er am Mittwoch. Russland sei mit seinem "wirklich terroristischen Krieg dabei", die zivile Infrastruktur und vor allem die Energieinfrastruktur in der Ukraine massiv zu beschädigen. "Das hat mit militärischen Zielen gar nichts mehr zu tun. Das ist ein reiner Terrorkrieg gegen die Zivilbevölkerung der Ukraine." Mit Blick auf die Abstimmung mit Frankreich und Großbritannien, aber auch innerhalb der EU, sagte Merz, dass man alles tun wolle, um die Luftverteidigung der Ukraine zu verbessern. Er hatte am Dienstagabend den französischen Präsidenten Emmanuel Macron und den britischen Premierminister Keir Starmer empfangen. Regierungssprecher Stefan Kornelius bezeichnete die Lage in der Ukraine als sehr angespannt (Reuters).

Der mit Spannung erwartete **US-Arbeitsmarktbericht** für **Oktober** fällt wegen des Stillstands der Bundesbehörden infolge des Haushaltsstreits aus. Deswegen wird die Arbeitslosenquote für diesen Monat nicht veröffentlicht werden, wie die Statistikbehörde des US-Arbeitsministeriums mitteilte. Die Zahl der neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft für Oktober soll nun zusammen mit dem November-Bericht am 16. Dezember veröffentlicht werden. Grund für die Absage ist, dass die für die Ermittlung der Arbeitslosenquote nötige Befragung privater Haushalte wegen fehlender Finanzmittel während des 43-tägigen "Shutdowns" nicht stattfinden konnte. "Die Daten der Haushaltsbefragung können nicht rückwirkend erhoben werden", hieß es in der Mitteilung der Behörde. Die Daten zur Stellenschaffung, die aus einer separaten Umfrage bei Unternehmen stammen, konnten hingegen gesammelt werden.

Der wegen der Haushaltssperre ebenfalls verspätete Arbeitsmarktbericht für September soll an diesem Donnerstag veröffentlicht werden (Reuters).

In der **Federal Reserve** gehen die **Meinungen über den künftigen Zinskurs** auseinander. Dies geht aus den veröffentlichten Protokollen der Sitzung der US-Notenbank von Ende Oktober hervor. Damals senkte die Zentralbank den Leitzins mit zehn zu zwei Stimmen um einen Viertelprozentpunkt auf eine Spanne von 3,75 bis 4,00 Prozent. Ungewöhnlich war dabei, dass eine Gegenstimme eine straffere und die andere eine lockerere Geldpolitik forderte. Die meisten Teilnehmer hätten jedoch angemerkt, dass weitere Zinssenkungen das Risiko einer Verfestigung der Inflation erhöhen könnten, heißt es in den Mitschriften. Die Teuerung liegt seit viereinhalb Jahren über dem Zwei-Prozent-Ziel der Fed. Die Währungshüter zeigten sich demnach mit Blick auf die nächste Sitzung im Dezember in drei Lager gespalten. Einige Teilnehmer gingen davon aus, dass eine weitere Senkung im Dezember angemessen wäre. Andere sahen niedrigere Zinsen zwar als letztlich angemessen an, aber nicht unbedingt schon im Dezember. Viele Teilnehmer schlossen eine Zinssenkung im Dezember jedoch bereits aus (Reuters).

Die **US-Regierung** könnte die angekündigten **Strafzölle auf Halbleiter-Importe** vorerst nicht einführen. Regierungsvertreter hätten dies in den vergangenen Tagen gegenüber Vertretern aus Politik und Privatwirtschaft signalisiert, berichtete die Nachrichtenagentur *Reuters* unter Berufung auf vier mit der Sache vertraute Personen. Die Regierung wolle einen Handelskonflikt mit China vermeiden und befürchte zudem steigende Verbraucherpreise. Das Weiße Haus und das Handelsministerium dementierten die Berichte jedoch. "Die Trump-Regierung bleibt entschlossen, alle Hebel der Exekutivmacht zu nutzen, um die für unsere nationale und wirtschaftliche Sicherheit kritische Produktion zurückzuholen", teilte Regierungssprecher Kush Desai mit.

US-Präsident Donald Trump hat das **Gesetz zur Freigabe von Justizakten** über den verurteilten Sexualstraftäter **Jeffrey Epstein** unterzeichnet. Dies wurde am Mittwoch bekannt. Der US-Senat hatte die Resolution am Dienstag einstimmig gebilligt, nachdem das Repräsentantenhaus mit 427 zu einer Stimme dafür gestimmt hatte. Trump hatte sich monatelang gegen eine Veröffentlichung gewehrt, bevor er am Wochenende nach wachsendem Druck aus seiner eigenen Partei seine Haltung änderte (Reuters).

US-Präsident Donald Trump erwägt einem Medienbericht zufolge ein **Dekret** - eine präsidiale Anordnung ohne den Kongress - gegen **Gesetze einzelner Bundesstaaten zur Künstlichen Intelligenz**. Die geplante Verfügung würde nach Informationen der Nachrichtenagentur *Reuters* Bundesbehörden anweisen, staatliche KI-Gesetze mit verschiedenen Mitteln zu blockieren. Mit dieser Verfügung würde er Justizministerin Pam Bondi mit der Einrichtung einer KI-Task Force beauftragen, die gegen bundesstaatliche KI-Gesetze klagen soll, unter anderem mit der Begründung, diese würden verfassungswidrig den zwischenstaatlichen Handel regulieren oder seien bereits durch Bundesvorschriften abgedeckt, wie aus einem der Nachrichtenagentur *Reuters* am Mittwoch vorliegenden Entwurf hervorgeht. Zudem soll das Handelsministerium staatliche Gesetze überprüfen und in bestimmten Fällen Mittel aus dem 42 Milliarden Dollar schweren Breitband-Förderprogramm zurückhalten (Reuters).

US-Präsident Donald Trump will auf **Bitten des saudischen Kronprinzen** Mohammed bin Salman den **Krieg im Sudan** beenden. Auch andere arabische Staats- und Regierungschefs hätten ihn gebeten, "die Macht und den Einfluss des Präsidentenamtes zu nutzen, um den Geschehnissen im Sudan unverzüglich ein Ende zu setzen", schrieb der Republikaner auf seinem Online-Sprachrohr Truth Social. Gemeinsam mit Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten und anderen Partnern im Nahen Osten wolle er die Gräueltaten beenden und das Land stabilisieren (dpa/AFX).

Der **Ukraine-Sondergesandte** von US-Präsident Donald Trump, **Keith Kellogg**, will Insidern zufolge sein **Amt im Januar niederlegen**. Dies erfährt die Nachrichtenagentur *Reuters* von vier Personen, die namentlich nicht genannt werden wollen. Sondergesandte müssen vom Senat bestätigt werden, um länger als 360 Tage im Amt zu bleiben. Kellogg gilt als wichtiger Fürsprecher der Ukraine in der Trump-Regierung.

Die **USA** drängen die **Ukraine** Insidern zufolge zur Annahme eines von der Regierung in Washington vorangetriebenen **Friedensplans**, der Gebietsabtretungen vorsieht. Zudem solle die Regierung in Kiew auf bestimmte Waffen verzichten und die Armee verkleinern, sagen zwei mit der Angelegenheit vertraute Personen, die namentlich nicht genannt werden wollen. Washington wolle, dass die ukrainische Regierung die Kernpunkte des von den USA ausgearbeiteten Entwurfs akzeptiere (Reuters).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj nimmt zunächst nicht zu **Berichten über einen Friedensplan der USA** Stellung. Stattdessen pocht er bei einem Staatsbesuch in der Türkei auf eine **starke Führungsrolle der USA** zur Beendigung des Krieges. Eine effektive amerikanische Führung sei entscheidend, um das Blutvergießen zu beenden, schreibt Selenskyj nach Gesprächen mit dem türkischen Präsidenten Tayyip Erdogan in Ankara auf Telegram. Nur die USA und US-Präsident Donald Trump hätten "ausreichende Stärke, damit der Krieg endlich zu einem Ende kommt" (Reuters).

Der **Kreml** sieht mit Blick auf **Berichte über einen US-Friedensplan** für die **Ukraine** keine neuen Entwicklungen. Die Kontakte mit den USA liefen zwar weiter, sagt Sprecher Dmitri Peskow. Seit dem Gipfeltreffen zwischen Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Donald Trump im August gebe es jedoch nichts Neues zu verkünden. Zuvor hatten Medien über einen US-Plan berichtet, demzufolge die Regierung in Kiew Gebiete abtreten solle (Reuters).

Der **ukrainische Verdächtige** im Fall der **Nord-Stream-Anschläge von 2022** kann von Italien an Deutschland ausgeliefert werden. Das Oberste Gericht habe die Übergabe des Verdächtigen an deutsche Behörden genehmigt, sagte sein Anwalt Nicola Canestrini am Mittwoch (Reuters).

Die Zahl der Todesopfer nach dem **russischen Raketenangriff** auf die westukrainische Stadt **Ternopil** ist auf mindestens 26 gestiegen. 26 weitere Menschen würden noch vermisst, darunter drei Kinder, teilte das ukrainische Innenministerium am Mittwoch mit. Fast 100 Menschen seien verletzt worden. Die oberen Stockwerke eines Wohnhochhauses wurden zerstört. Die Flammen hätten das Gebäude sofort erfasst, hieß es aus dem Ministerium. Menschen hätten in Panik versucht, aus den Fenstern zu springen. Russland hatte die Ukraine in der Nacht mit 476 Drohnen und 48 Raketen angegriffen (Reuters).

Die Waffenruhe im **Gaza-Krieg** bleibt fragil: Als Reaktion auf einen **Angriff auf israelische Soldaten** im Gazastreifen hat **Israels Armee** eigenen Angaben zufolge dort **Ziele der Hamas** ins Visier genommen. Dabei wurden laut der von der Hamas kontrollierten Gesundheitsbehörde bis zum Abend 25 Menschen getötet. Das israelische Militär hatte zuvor mitgeteilt, dass die Angriffe eine Reaktion darauf seien, dass "mehrere Terroristen" das Feuer auf israelische Soldaten in der Stadt Chan Junis im Süden des palästinensischen Küstengebiets eröffnet hätten. "Diese Aktion stellt einen Verstoß gegen das Waffenruheabkommen dar", teilte die Armee mit. Bewohner des Gazastreifens sagten der *Deutschen Presse-Agentur* am Abend, derzeit gebe es keine weiteren Angriffe. Israels Militär bestätigte dies auf Anfrage zunächst nicht.

Die **chinesische Zentralbank** hat ihre **Geldpolitik** nicht gelockert. Sie beließ den einjährigen Leitzins (LPR) am Donnerstag bei 3,0 Prozent. Der fünfjährige Leitzins wurde bei 3,50 Prozent belassen. Von der Nachrichtenagentur *Reuters* befragte Ökonomen hatten dies so erwartet. Die meisten neuen und ausstehenden Verbraucherkredite in China basieren auf dem einjährigen LPR, während der Fünfjahressatz die Höhe der Hypothekenzinsen beeinflusst. Nach einer Reihe schwacher Konjunkturdaten hat der Druck auf die Regierung zugenommen, die Wirtschaft stärker anzukurbeln. "Eine Senkung des Leitzinses wäre hilfreich, aber es scheint im Moment keine hohe Kreditnachfrage in der Wirtschaft zu geben", sagte Analyst Jeremy Zook von Fitch Ratings. "Die politische Verantwortung liegt eher auf der fiskalischen Seite." Damit könne die Wirtschaft effektiver gestützt werden.

Gesundheitswesen

Der Leverkusener Pharmakonzern **Bayer** hat von der **US-Arzneimittelbehörde FDA** die **Zulassung für ein neues Lungenkrebsmedikament** erhalten. Das Mittel mit dem Markennamen Hynrnoo sei für Patienten mit nicht-kleinzelligem Lungenkrebs (NSCLC) zugelassen worden, bei denen Mutationen das HER2-Protein betreffen und deren Erkrankung trotz

vorheriger Behandlungen fortgeschritten sei, teilte die FDA am Mittwoch mit. Das oral einzunehmende Medikament gehört zur Klasse der Kinase-Hemmer, die das Wachstum von Krebszellen blockieren. Der monatliche Listenpreis für Hyrnuo liegt bei 24.000 Dollar (Reuters).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) hat weitere Schritte zur **Senkung der Flugpreise** angekündigt. Die bereits beschlossene Reduzierung der Luftverkehrssteuer zum 1. Juli 2026 sei "nur ein erster Schritt", sagte Schnieder der Zeitung *"Die Rheinpfalz"*. Weitere Maßnahmen würden folgen.



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2025 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

